

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

2 (11.5.1946)

Badische Volksstimme

Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands, Land Baden

Jahrgang 1, Nr. 2

Mannheim, den 11. Mai 1946

Preis 10 Pfg.

Nie mehr werden sich unsere Hände trennen



Ein symbolischer Händedruck: Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die beiden Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Photo: Drewski Puck, Berlin.

Otto Grotewohl

„30 Jahre Bruderkampf gehen in diesem Augenblick zu Ende. Als wir uns an Deinem 70. Geburtstag für Hunderttausende von Sozialdemokraten und Kommunisten die Hände reichten, da wünschte ich den Tag herbei, an dem unsere Hände sich nie mehr zu trennen brauchten. Dieser Tag ist heute da. Wer einen geschichtlichen Blick hat, der sieht Millionen Sozialisten hinter uns stehen. Ein Aufatmen geht durch ihre Reihen. Ein Alldruck fällt von ihnen, und ein Leuchten ist in ihren Augen. Ein alter Traum ist Wirklichkeit geworden: Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse.“

(Noch immer halten sich die beiden Führer der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei den Händen.)

Wilhelm Pieck

„Ja, lieber Otto Grotewohl, so soll es sein. Wir beide, die wir zu Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausersehen sind, tragen eine besondere Verantwortung dafür, daß das Vertrauen, das die werktätigen Massen in die Sozialistische Einheitspartei setzen, gerechtfertigt wird. Wir wissen, daß wir die großen Aufgaben, die vor uns stehen, nur in Gemeinschaft

mit den übrigen Mitgliedern des Parteivorstandes und den Bezirks- und Ortsorganisationen unserer Partei erfüllen werden. Diese großen Aufgaben bestehen darin, ein neues antifaschistisches Deutschland zu schaffen, unserem Volke aus seiner Not herauszuhelfen und Friede und Demokratie in diesem Deutschland zu sichern. Gehen wir mutig an dieses Werk! Wir werden es schaffen. Wir werden die Sozialistische Einheitspartei zu einer Millionenpartei des werktätigen Volkes machen, um alle inneren Feinde zu schlagen und das große Werk zu vollenden, das wir uns gestellt haben: den Sozialismus.“

Lieber Otto Grotewohl, das sei der Sinn unseres Händedrucks!

Das sei unser heiliges Gelöbniß! Das sei unsere Tat!“

Otto Grotewohl

„Als wir uns eben auf dieser Bühne die Hände reichten, da wurde mir die symbolische Bedeutung dieses Aktes klar: Wilhelm Pieck kam von links und ich von rechts (zustimmendes Lachen im Saal), aber wir kamen beide, um uns in dieser Mitte zu treffen.“

Als wir uns die Hände reichten, da wurde ich mir dieses symbolischen Aktes in seiner

Im festlich geschmückten Raum der Deutschen Staatsoper in Berlin wurde am Ostersonntag, den 21. April 1946, um 10.45 Uhr mit den Klängen von Beethovens Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 der historische Vereinigungsparteitag der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD feierlich eröffnet.

Nach dem Verklingen der Beethovenischen Klänge betreten die Genossen Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck die Bühne, reichen sich die Hand und stehen so mit verschlungenen Händen unter dem nicht endenwollenden Beifall der über 1000 Delegierten und zahlreichen Gäste, die dieser geschichtlichen Stunde beiwohnen.

Wilhelm Piecks Hand nicht aus der seinen lassend, spricht

ganzen Bedeutung gewahr, weil ich das Gefühl hatte, wir reichten uns die Hände über Gräber hinweg. (Alle Delegierten und Gäste erheben sich von ihren Plätzen.)

Wir erfüllen ein Vermächtnis, das Vermächtnis unserer Toten. Die Leiden und Schrecken der Gestapohöllen, der Zuchthäuser, Gefängnisse und Konzentrationslager, die Prügelbänke, Krematorien, Galgen und Schaffotte — all das steht hinter dem Händedruck.

Wir alle, die wir durch die Konzentrationslager, Gefängnisse und Zuchthäuser gegangen sind und den Tag der Freiheit ersehnten, wußten, daß dieser Tag einst kommen mußte. Wir haben ungebrochen drei, fünf, acht, zehn und zwölf Jahre ausgehalten, weil der Glaube an den Sieg unserer Sache unerschütterlich war.

Leider haben viele unserer Besten diesen herrlichen Tag, für den sie gelebt und gelitten haben, für den sie gestorben sind, nicht mehr erleben können. Wir gedenken in Ehrfurcht unserer Toten und versichern, daß wir ihre Erkenntnis, daß wir ihr Vermächtnis, das Einheit hieß, verwirklichen werden, auch über den Rahmen der Feste hinaus, wenn es um stille, emsige, ernste Arbeit geht. Dann erst wird der Gedanke der Einheit seinen Sinn und seine tiefe Bedeutung erhalten.“

Es kann aus Ruinen und Trümmerstätten
Uns Einheit nur und Aufbau retten!

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Arbit für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

„Knecht eine reichsweite Bewegung gegen den Militarismus, in der der Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Baden auf dem Weg zur Einheit!

Erwin Eckert

ehemals Stadtpfarrer in Mannheim:

„Wie sollten wir denn aus Jammer und Not herauskommen, wenn wir nicht eine starke Partei haben. Eine starke Partei allerer, die unter der gegenwärtigen Not am meisten leiden müssen, eine Zusammenfassung allerer, die diese Not überwinden müssen. Die sozialistische Einheit ist die selbstverständliche Voraussetzung dafür. Darum wird die sozialistische Einheit, weil sie notwendig ist!“

(Auf dem Parteitag der KPD Baden am 4. und 5. Mai 1946 in Heidelberg.)

Friedrich Schneider

Vorsitzender der sozialistisch-demokratischen Vereinigung Mosbach:

„Sie haben wohl des öfteren in letzter Zeit gehört, daß im Kreis Mosbach die Vereinigung zustande gekommen ist. Sie haben auch in letzter Zeit vieles gelesen in der Zeitung, wovon wir nichts veranlaßt haben.“ — „Wir haben gelernt aus der Vergangenheit. Wir haben daraus die Lehre gezogen, und ich kann Ihnen verraten, daß der zweite Vorsitzende und ich, ebenso wie der ganze Vorstand, noch nie Differenzen gehabt haben.“ —

„Den SPD-Genossen in Heidelberg möchte ich sagen, sie müssen die Sache selbst in die Hand nehmen, weil ihre Führer noch nicht aus der Vergangenheit gelernt haben! Wenn sie die Führer machen lassen nach ihrer eigenen Meinung, dann kommen sie nicht zum Ziel! Sie sind die Mitglieder und Sie bilden die Partei. Treten Sie an Ihre Führer heran und teilen Sie Ihnen mit, um was es geht. Wir haben jetzt die Chancen, und wenn wir die Gelegenheit versäumen, sind wir erledigt für immer. Wer das nicht versteht, gehört nicht in unsere Reihen!“

(Am 5. 5. 1946 in einer öffentlichen Versammlung der KPD in Heidelberg.)

Wir sind die Vollstrecker des Willens zur Einheit!

Wir haben vor wenigen Tagen die Parteitage der SPD und KPD in Berlin und den Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erlebt. Es waren dort nicht nur die Delegierten aus allen Teilen Deutschlands, sondern das Berliner Volk, das Proletariat, das an den Tagungen teilgenommen hat. Dieser Parteitag war eine Aktion, die aus den Tiefen der Massen herausstieg und alles mit sich riß, was zur Arbeiterbewegung steht. Wir haben ungeheure Demonstrationen auf den Straßen miterlebt und nirgends waren Anzeichen, daß die Einheit gestört werden könnte. Es ist ein großer Wille, diese Einheit zu schaffen, und wir, die wir Vollstrecker dieses Willens sind, haben uns heute darüber zu einigen, wie wir am besten damit fertig werden.

Paul Schreck,
Vorsitzender der KPD Baden,
auf dem Parteitag im Bandhaus-
saal des Schlosses zu Heidelberg
am 4. und 5. Mai 1946.

Der erste Zusammenschluß in Baden!

Die Einheitspartei wird Wirklichkeit

Der starke Drang nach Einheit und Zusammenschluß der Arbeiterparteien ist auch durch die Zonengrenzen nicht aufzuhalten. Aus Oberflockenbach bei Weinheim erhalten wir folgende:

Erklärung:

„In Oberflockenbach haben sich die beiden Bruderparteien SPD und KPD am Vorabend des 1. Mai vereinigt und sich entschlossen, in die SED einzutreten. Mögen diesen Schritt alle fortschrittlich Denkenden der schaffenden Klasse begreifen zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft. Für die SPD: Vath, Lammer, Für die KPD: Sauer.“

Es besteht kein Zweifel, daß trotz aller Widerstände sich auch in Baden die politische Einheit der deutschen Arbeiterbewegung durchsetzen wird. Der erste Schritt ist getan. In den Betrieben, in Städten und Dörfern zeichnen sich alle Freunde der Arbeit, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose in Listen ein und erklären damit, daß sie alles dazu beitragen wollen, um die Arbeitereinheit zu schaffen, und daß sie der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beitreten werden.

Diskutiert und verbreitet die Grundsätze und Ziele der SED. Bildet überall Organisationsausschüsse zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!

UNSERE ENTSCHLOSSENHEIT

die volle politische Einheit der Arbeiterbewegung auch in Baden zu verwirklichen, beruht auf der tiefen Ueberzeugung, daß sie die Voraussetzung für die Erhaltung der Einheit Deutschlands und den Bestand der deutschen Nation ist.

Die Stimme der Betriebsarbeiter:

Einheit

Betriebsversammlung in Freiburg für Einheit.

Die Rhodiaseta AG. veranstaltete in der vergangenen Woche eine Betriebsversammlung, die von der Belegschaft vollzählig besucht war.

Der Betriebsratsvorsitzende, Genosse Traub, sprach in einem ausführlichen Referat über die Grundlagen der Demokratie. Er legte der Versammlung folgende Resolution zur Beschlußfassung vor:

„Die Betriebsversammlung der Rhodiaseta AG., Freiburg/Baden, am 18. 4. 1946 ist der Ueberzeugung, daß die schärfste Waffe der Arbeiterklasse ihre Einigkeit ist. In dieser Erkenntnis beauftragt sie ihren Betriebsrat, alles nur menschenmögliche zu tun, um die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien schnellstens herbeizuführen.“

Die Resolution wurde nach lebhafter Aussprache mit 700 gegen eine Stimme angenommen.

Die Rhodiaseta AG. ist eines der bedeutendsten Unternehmen in Südbaden. Sie beschäftigt 750 Arbeiter und Angestellte, was in dieser industriearmen Gegend sehr viel bedeuten will.

Georg Schöpflin für die Einheit!

Auf dem Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ergriff der alte badische Veteran der sozialistischen Arbeiterbewegung zu einer kurzen Begrüßung das Wort. Genosse Schöpflin begrüßte die Ausführungen des Vorsitzenden der SED, Genosse Pieck, über die Demokratie in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und betonte, daß es unerlässlich sei, zu dieser die Kameradschaft hinzuzufügen:

„Wir alle sind von dem Willen beseelt,“ führte Genosse Schöpflin aus, „diesmal nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern den Weg ganz zurückzulegen. Dazu sind nicht nur ein Programm, Mut, Begeisterung und Hingabe erforderlich, sondern auch höchste Kameradschaft. So wollen wir denn an diesem, für das deutsche Proletariat schicksalsvollen Tage geloben, in Tapferkeit, Wahrheitsliebe, Anständigkeit und sauberer Kameradschaft miteinander und füreinander zu kämpfen!“

Macht die Hoffnungen aller Feinde zuschanden! Wir wollen nun im Anblick der neuen Fahne heute unser Gelöbnis der Kameradschaft bekräftigen. Es lebe in der Sozialistischen Einheitspartei die Kameradschaft auf Leben und Tod!“

Schöpflin war lange Jahre Chefredakteur des Karlsruher „Volksfreundes“. Er kommt vom rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei, war Mitglied des Badischen Landtages und Mitglied des Reichstages. Er nahm eine ausschlaggebende Stellung in der SPD Badens und darüber hinaus in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein. —Se-

Wer am 12. Mai noch keine Benachrichtigungskarte erhalten hat, muß seine Eintragung in die Wählerliste schriftlich beim Wahlamt beantragen. Jeder nimmt vom 12.—19. Mai in den Stimmlokalen Einsicht in die Wählerlisten!

Wie ein Lauffeuer

hat sich die Nachricht vom Erscheinen der „Badischen Volksstimme“ verbreitet. In den Betrieben wird sie von Hand zu Hand gereicht, und jeder ist bemüht, ein Exemplar zu bekommen.

Ein lang empfundenes Bedürfnis nach politischer Information und nach einer offenen demokratischen Sprache wird durch die „Badische Volksstimme“ gestillt. Wir wollen unser Blatt immer besser gestalten, damit es wirklich

die Stimme des badischen schaffenden Volkes

wird. Helft uns dabei durch laufende Berichte aus den Betrieben, aus den Dörfern und Städten. Schreibt uns alles, was im Interesse der demokratischen Erneuerung unseres Lebens und des Neuaufbaues ausgesprochen werden muß.

Jeder ein Berichterstatter für die „Badische Volksstimme“!

Kein Vorfall und kein Ereignis, das nicht durch uns der breitesten Bevölkerung zur Kenntnis gebracht wird. — Dazu verhilft unsere

„Badische Volksstimme“
Dazu brauchen wir Eure Mitarbeit!

Die Reaktion greift an!

Der Leiter des Wirtschaftsamtess Schwetzingen, der Antifaschist Fritz Umhey, wurde am 21. 3. 1946 von der Kriminalpolizei Mannheim auf Veranlassung des Herrn Barons Freiherr von Ginanth über die Militärregierung wegen angeblichen Vergehens gegen die Kriegswirtschaftsverordnung verhaftet und nach Mannheim ins Gefängnis überführt. Tagelang stellte man die Kartenstelle auf den Kopf. Man untersuchte seine Wohnung, ohne das Geringste zu finden. Wie ein Schwerverbrecher wurde der Antifaschist Umhey morgens von Mannheim nach Schwetzingen und abends wieder zurückgebracht.

Was war geschehen? Umhey hatte im vergangenen Sommer anstelle von Kartoffeln Brot ausgegeben, um eine Ernährungslücke zu überbrücken. Er hatte Lebensmittelzuwendungen an Werksküchen und Weihnachtssonderzuwendungen an die zwei Krankenhäuser veranlaßt. Er hatte Lebensmittel zur Durchführung einer Schülerspeisung für alle schulpflichtigen Kinder bereitgestellt. Am 1. 6. 45 wurde diese Schülerspeisung eingestellt. Er hatte an die gesamte Bevölkerung anstelle von 1 Ztr. Briketts je 1/2 Ztr. pro Kopf ausgegeben. In allen seinen Anordnungen und Handlungen ließ er sich vom Interesse der gesamten Schwetzingen Bevölkerung leiten. Sein Verbrechen soll darin bestehen, daß er sich gegen den Buchstaben der Bestimmungen verfehlt hat, d. h. daß die verschiedenen Zuweisungen teilweise über seine Befugnisse hinausgingen. Er hat nie zu seinem eigenen persönlichen Vorteil gearbeitet, sondern er hat in der Situation, die schnelles und entschlossenes Handeln forderte, sich über kleinliche bürgerliche Bedenken hinweggesetzt.

Die Bevölkerung ist beunruhigt. Sie hat absolutes Vertrauen zu Umhey. Ueber 1000 Unterschriften wurden sofort für ihn abgegeben. Inzwischen sind es viel mehr geworden. Eine gemeinsame Delegation der SPD und KPD forderte beim Oberstaatsanwalt in Mannheim die sofortige Freilassung des Antifaschisten Umhey.

Der frühere Chef der Tiefbau AG. Berger, Wiesbaden, hat dem Staatsanwalt 100 000.— RM Kaution für die Freilassung Umheys geboten. Bis zum heutigen Tage gelang es trotz vielfacher Bemühungen seines Rechtsanwaltes nicht, mit ihm in Verbindung zu treten und die Vollmacht zu seiner Vertretung zu erlangen. Sieht der Herr Staatsanwalt in dem Antifaschisten Umhey einen derart großen Verbrecher, daß er ihm das demokratische Recht der Bestellung eines Rechtsvertreters nicht gewähren kann? Könnte er es nicht verantworten, diesen Mann bis zum Beginn eines ordentlichen Verfahrens auf freien Fuß zu setzen?

Die erste Untersuchung war bereits im März abgeschlossen und der Staatsanwaltschaft übergeben. Anscheinend war das Ergebnis unzureichend, denn es kam die Anweisung, eine neue Untersuchung durchzuführen. Die Kriminalpolizei ist in dieser Angelegenheit in Schwetzingen sehr rührig. Die weiblichen Angestellten der Kartenstelle wurden stundenlangen Verhören unterworfen und waren trotz dieser Belastung nicht zu bewegen, etwas Nachteiliges über Umhey zu sagen.

Es gibt nichts Nachteiliges über Umhey zu sagen. Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands Land Baden hat am 4. und 5. ds. Mts. in Heidelberg einstimmig folgende Resolution angenommen und an die Behörden geleitet:
„Seit 21. 3. 46 ist der Leiter des Wirtschaftsamtess Schwetzingen, der Antifaschist

Die K. P. D. zum Neuaufbau!

Der Neuaufbau unseres zerstörten Landes kann nicht von einer Partei allein durchgeführt werden. Er wird in großzügiger Zusammenarbeit aller aufbauwilligen Kräfte erreicht. Die allgemein anerkannte Aktivität unserer Partei wird uns schnell an die Spitze dieser Kräfte stellen. Ist ein Ziel von uns als richtig erkannt, so werden alle verfügbaren Kräfte darauf angesetzt. Alle, die am Neuaufbau mitwirken, sehen das klar und kommen in Massen zu uns. Es sind dies nicht nur die Arbeiter und Angestellten des Handwerks, der Maschinen- und Bauindustrie. Als sicherstes Zeichen, wie weit die Erkenntnis der positiven Zielsetzung unserer Partei in das Volk gedrungen ist, sind die zahlreichen Anmeldungen von Technikern, Ingenieuren und Architekten anzusehen. Der Zustrom neuer Mitglieder in die KPD hat in den vergangenen Monaten unsere organisatorische Stärke von 1932 bei weitem übertraffen. Der prozentuelle Anteil der technischen Berufe hat sich vervielfacht! Dem Mann dieser Berufe ist der ständige Anblick unserer elenden Ruinenfelder, dahinvegetierender Betriebe und

kümmertlich aufrecht erhaltener Verkehrswege viel mehr ein Greuel als den andern Mitbürgern. Die Scheu vor der KPD, seit Jahrzehnten von bürgerlichen Parteien aller Schattierungen eingepfropft und von der NSDAP in den letzten 12 Jahren mit allen Mitteln der Verdrehung und Verleumdung betrieben, weicht angesichts des starken Willens zum Neuaufbau, und der Mensch fühlt, daß hier einmal der stärkste Hebel zum Neuaufbau angesetzt werden kann. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist der Motor des Neuaufbaus!

Laufend werden von unseren Technikern und Ingenieuren großzügige Planungen und Verbesserungen eingereicht. Dank der Initiative der Partei wird in Kürze eine Zementplattenfabrik in Bau genommen. Die weitestgehende Auswertung der Schuttmassen wurde von unseren Mitarbeitern ermöglicht. Die Fragen des Verkehrswesens und der Industrie stehen im Brennpunkt des Neuaufbaus, und wir werden in absehbarer Zeit weitere Verbesserungsvorschläge auf diesem Gebiete bringen. Aber es ist uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir nicht zu reinen Aufbaufanatikern werden

Und baue, deutsches Volk dich frei!

So wie einst Dome bauten unsere Ahnen,
Und haben andachtsvoll emporgeschaut,
Um wieder an die Arbeit sich zu mahnen,
Und haben hoch und dauerhaft gebaut.
Gar viele ihrer sind beim Werk geblieben,
Des Werks Vollendung konnten sie nur ahnen —
Bis eines Tages, ausgeschmückt mit Fahnen,
Aufklang das Werk — welch hoher Glockenlaut —
So wird auch unsrer Zeit ein Werk erstehen,
Wenn, deutsches Volk, du aufstehen läßt,
Was rings in Schutt warf deine Tyrannei.
Dann naht auch dir ein Auferstehungsfest.
An alle soll der Freiheit Ruf ergehen:
„Baut auf! Und baue, deutsches Volk, dich frei!“
Johannes R. Becher.

Fritz Umhey, in Haft. Er ist des Verbrechens gegen die Ernährungswirtschaft angeklagt. Obwohl ein Heer von Beamten eingesetzt wurde, um Erhebungen anzustellen, konnte kein entsprechendes Material gefunden werden. Nur einmal wurde ihm bisher Gelegenheit gegeben, mit seinem Rechtsvertreter zu sprechen. Ohne dem Untersuchungsergebnis vorgreifen zu wollen, können wir feststellen, daß Umhey sich keinerlei persönliche Vorteile verschafft hat, sondern lediglich in vorbildlicher Weise für das Wohl der Bevölkerung sorgte. Durch über tausend Unterschriften hat die Schwetzingen Bevölkerung ihr Vertrauen zu ihm ausgesprochen und seine Freilassung gefordert.

Der Fall Umhey ist kein Einzelfall. Allorts versucht die Reaktion die Kräfte des Fortschritts aus dem öffentlichen Leben, den Gemeinden und Verwaltungen auszuschalten, indem sie die Giftpfeile der Verdrehung und Verleumdung gegen sie absendet, sie mit Schmutz bewirft und in einer Zeit, deren Probleme nur durch großzügiges und entschlossenes Handeln des Einzelnen gelöst werden können, versucht, die Vertreter des Fortschritts durch ein Netz kleinlicher, bürokratischer und formaler Paragraphen u. Vorschriften zu Fall zu bringen.

Der Fall des Antifaschisten Umhey ist keine juristische, sondern eine politische Angelegenheit erster Ordnung. Der Parteitag der KPD verlangt daher die sofortige Freilassung des Genossen Umhey und die beschleunigte Durchführung eines demokratischen Gerichtsverfahrens.“

und darüber vergessen, dieses gewaltige Werk politisch zu sichern. Was würde ein Neuaufbau nützen, würde er zum Nutzen derer verwirklicht, die uns schon zum zweiten Male in den Abgrund geführt haben? Voraussetzung zur positiven Mitarbeit der Werktätigen in Stadt und Land ist, daß das Volk seiner Stärke entsprechend durch die von ihm gewählten Vertreter in Selbstverwaltungskörpern, öffentlichen Aemtern, Industrie und Handel mitbestimmend eingebaut wird. Faschisten in den „oberen Stellen“ müssen von ihren Posten entfernt werden. „Unpolitische Beamte“, die stets die Geschäfte der herrschenden reaktionären kapitalistischen Klasse besorgten, müssen den in hartem Kampf bewährten Antifaschisten Platz machen. In den großen Betrieben ist es unerlässlich, daß neben den Unternehmern Betriebsräte und Gewerkschaften als Vertreter der Werktätigen gleichberechtigt mitbestimmen. Auch heute noch machen uns dies die „Alten Mächte“ im Volke streitig. Unser aufrichtiges Bemühen geht deshalb darauf hinaus, die Einheit aller Schaffenden in einer einzigen Arbeitspartei der Werktätigen herzustellen. Gelingt dies, so werden heute noch Zehntausende Abseitsstehender zur Einheitspartei unseres Volkes stoßen. Vor dieser geballten Macht werden alle jene, die das Rad der Geschichte mit allen Mitteln zum Stehen zu bringen versuchen, weichen müssen. Unsere gesamte Kraft kann und muß für den Neuaufbau eingesetzt werden. Nur auf diesem Wege wird es uns gelingen, der schreienden Not unseres Volkes Herr zu werden und darüber hinaus als gleichberechtigtes und vollwertiges Glied der Völkerfamilie unser Fortbestehen zu sichern.
Ing. Stark.

Demokratie heißt Volksherrschaft,
Nur dem die Macht, der Werte schafft!
Wählt KPD!

ALLE wollen die „Badische Volksstimme“ lesen — Gib sie weiter!

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Arbeit für die Erfüllung unserer großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:
Vereiniget Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine ideologische Bewegung im Kampf gegen den Militarismus, in der die Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Die Gegner der Bodenreform

verbreiten die Lüge, man wolle dem Bauern das Land nehmen und es den Flüchtlingen geben, die sowieso zu faul seien zum Arbeiten. —

Wir Kommunisten sagen: Nicht dem Bauern wird das Land genommen, sondern den Kriegsverbrechern und Großgrundbesitzern, den Fürsten, Grafen und Adeligen, die es den Bauern einstmalig geraubt haben. Mit lebendem und totem Inventar soll dieser unrechtmäßige Besitz dem Bauern selbst übergeben werden, und die Bauern selbst bestimmen darüber, wer das Land bekommt.

**Soll die Heimat wieder leben,
muss man das Land dem Bauern geben!**

Bodenreform auch in Baden!

So „erwarben“ die Herren Großgrundbesitzer ihr Land!

Die Gemeinde Hemsbach an der Bergstraße war früher Besitzerin großer Ländereien, genannt „Lampertheimer Hütten“. Sie hatte noch im Jahre 1797 Frohnden zu leisten, und zwar bestanden diese in der Unterhaltung der Straßen, der beiden Weschnitze und des Weschnitzgrabens. Die Gemeinde konnte diesen Verpflichtungen nicht nachkommen und war deshalb gezwungen, mit dem Feudalherrn Generalmajor von Kinkel einen Vertrag abzuschließen, wonach dieser die Verpflichtungen der Gemeinde übernahm, aber gegen Überlassung der zwei Fünftel Weideland als Gegenleistung. Nach Ablauf dieses auf 99 Jahre abgeschlossenen Vertrages sollte das Gelände wieder an die Gemeinde zurückfallen. Jedoch lange vor Ablauf dieser Frist war das Gelände unberechtigterweise verkauft worden und wechselte insgesamt viermal seinen adeligen Besitzer. Die Gemeinde klagte auf Rückgabe des Geländes. Nach vierjähriger Prozedurdauer brachte der damalige „Besitzer“, Seine Durchlaucht Prinz Alfred zu Löwenstein, Ehrenbürger von Hemsbach, es fertig, den Prozeß zu liquidieren. Er tat es mit folgender frecher Behauptung in einem Brief an das Bürgermeisteramt:

„Schloß Langenzell, den 18. Dez. 1901.
Post Bammental in Baden.

An ein Verehrliches Bürgermeisteramt Hemsbach.

Vertragslösung betreffend.

Auf die Zuschrift des dortigen Gemeinderats vom 10. cr. habe ich folgendes zu erwidern:

Die Bestimmung des § 18 des im Jahre 1797 zwischen dem Herrn Generalmajor v. Kinkel und der Gemeinde Hemsbach geschlossenen Vergleichs sieht nach Ablauf des letzteren die Wiederherstellung des alten Zustandes vor, d. h. daß die Rechtsnachfolger der seinerzeit Vertragsschließenden, und zwar ein jeder für sich, die Wiederherstellung beantragen kann. Dieses würde dann auf Grund der damaligen bestehenden Rechtsverhältnisse zu geschehen haben. Behauptet nun die Gemeinde Hemsbach, für die Abnahme der seinerzeit ihr übertragenen Beförderungen durch den Herrn Generalmajor v. Kinkel diesem dafür Werte abgetreten zu haben, für die die Gemeinde jetzt eine Entschädigung beansprucht, so würde für eine solche Behauptung, die zunächst rein aus der Luft gegriffen ist, ein vollgültiger, durch Dokumente belegter Beweis erbracht werden müssen. Aber auch in diesem Falle dürfte von einer Entschädigung an und für sich keine Rede sein.

Bei jeder Verhandlung über Angelegenheiten, welche den Vergleich betreffen, erst die Wiederherstellung in den alten Stand selbst, voraufzugehen hätte.

Hochachtungsvoll

Alfred Prinz zu Löwenstein.“

„Vom 5. 1. 1898.

Akt Rothschild - Kinkel v. Berkheim-Löwenstein.

Mit Ablauf der Vertragsdauer 8. 3. 1897 hat das ausschließliche Genußrecht des Erbbestandes und dessen Rechtsnachfolger von selbst aufgehört. Die Waldstücke sind der Gemeinde Hemsbach zurückzugeben. Außerdem fallen an die Gemeinde Hemsbach 36 Morgen Wiesen und Weschnitzdämme aus dem gleichen Grunde zurück... Auf den Grund, warum diese Abteilung seinerzeit erfolgte, kommt es nicht an, diese Rechtslage wäre auch dann vorhanden, wenn man den Grund nicht wüßte.“

Auch in Baden gibt es also adelige Landräuber, die den Bauern den Boden gestohlen haben. Sie bangen jetzt um ihr arbeitsloses Einkommen, das sie durch die hohen Pachten erzielten, und lassen daher durch den Mund der von ihnen Abhängigen verkünden, bei uns in Baden seien ganz andere Verhältnisse und deshalb eine **Demokratische Bodenreform** nicht nötig, wie sie in den demokratisch fortgeschrittensten Gebieten Deutschlands bereits durchgeführt wurde.

Es bedarf keiner Frage: Auch bei uns muß diese **Herrenkaste entmacht**et werden, die in der Geschichte Deutschlands von jeher eine so unheilvolle Rolle spielte, die der Träger des verfluchten Geistes des Militarismus ist und in kurzer Zeit zwei Weltkriege entfachte. Das geraubte Land muß dem Bauern als **Eigentum zurückgegeben** werden, der es in schwerer Arbeit bebaut.

Der Junker hat sich Land errafft,

Gebt's dem, der selber Nahrung schafft!

Spanienkämpfer! Achtung!

Alle Kameraden der ehemaligen internationalen Brigade, auch solche, die in spanischen republikanischen Einheiten kämpften und in Nordbaden ansässig sind, senden ihre Anschrift an:

Gustav Müller,
(17a) Mannheim
Untere Mühlaustraße 172

Schwert und Pflug

(Aus dem Dreißigjährigen Kriege)

Schwert und Pflug stritten darüber, wer wohl besser sei. Verächtlich sah das blitzende Schwert auf den alten Pflug und rief:

„Sieh mich an! Dreißig Jahre sind verflossen und immer noch bin ich blank und scharf. Du aber bist morsch und rostig. Dünkst du dich etwa mir gleich?“

Der Pflug entgegnete: „Es ist deine Schuld, wenn ich rostig und morsch geworden bin. Welches ist dein Werk nach dreißig Jahren? Blühende Felder und Dörfer hast du verwüstet, hast Not und Sterben gebracht. Ist das ein rühmliches Werk? Was du in vielen Jahren zerstörtest, muß ich in kürzerer Zeit wiedergutmachen. Nein, ich dünke mich dir nicht gleich; ich bin hundertfach besser als du!“

H. L. Kölbel.

Demokratische Bodenreform beseitigt die Ueberreste des Feudalismus und der Reaktion!

Aus Leutershausen erhalten wir folgende Zuschrift:

„In unserer Gemeinde hat der Graf von Berkheim einen größeren Weinberg. Diesem Großgrundbesitzer fehlt der nötige Düng. Er verlangt nun von jedem Bauern in unserer Gemeinde, der von dem Feudalherrn Wiesengelände gepachtet hat, einen Wagen Mist. Bei Nichtabgabe kann der betreffende Bauer bei der Wiederverpachtung von Wiesen nicht mehr berücksichtigt werden.“

Sind wir schon so weit in unserem demokratischen Staat, daß dieser Feudalgraf die Daumenschrauben ansetzt, oder ist dies ein Schritt zur Bodenreform? Hoffen wir, daß die Bauern von Leutershausen wissen, was sie diesem Herrn als Antwort auf dieses Vorgehen zu sagen haben.

Wir stellen hierzu folgendes fest: Es gab eine Zeit der Leibeigenen. Das Verhalten dieses Feudalherrn zeigt uns die hohe Schule seiner Ahnen. Der Feudalherr Graf von Berkheim besitzt einen Weinberg, den er aus eigener Kraft zu bebauen nicht in der Lage ist. Was tut er? Er erzwingt sich Leistungen des kleinen Bauern, auf die er kein Anrecht hat. Wir sind der Ansicht, daß der Bauer seinen Mist auf seinen Boden schaffen soll. Jeder soll nur das **ernten, was auf seinem eigenen Mist wächst!**

Aufs neue sehen wir aus diesem Verhalten des Grafen von Berkheim, wie zwingend notwendig die Durchführung einer unverfälschten **Demokratischen Bodenreform** auch in Baden ist, und zwar trotz aller gegenteiligen Erklärungen jener deutschen Stellen, die von der amerikanischen Militärregierung mit der Ausarbeitung eines Bodenreformgesetzes beauftragt sind.

-se-

Seid einig!

Des Bauern Schweiß, das ist die Kraft,
Die allen Menschen Nahrung schafft.
Doch da, wo eine Lücke klafft,
Da packt nur einmal richtig an!
Dem Bauern und dem Arbeitsmann
Kein Gegner widerstehen kann.

Bauer Meinecke, Motzen.

Herausgegeben von der Landesleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber und Karl Schneider, Mannheim, S 3, 10. / Aufl. 20 000. / Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24. Veröffentlicht mit Genehmigung der Militärregierung Württemberg-Nordbaden, Stuttgart.